

1812/J XXI.GP
Eingelangt am: 31.01.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Kostelka, Eder
und Genossinnen
an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Skurrilitäten Ihrer bisherigen Amtsführung

Seit Ihrem Amtsantritt vor rund drei Monaten wird das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, ein Schlüsselressort dieser Bundesregierung, von Ihnen in einer politisch überaus widersprüchlichen und von Tageslaunen abhängigen Weise geführt. Wichtige und dringende wirtschaftspolitische Entscheidungen, insbesondere hinsichtlich des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur, sind bisher von Ihnen ausständig. Ebenso haben Sie keinerlei Zukunftskonzepte in den Bereichen Transitverkehr, Bahnpolitik, Förderung des öffentlichen Verkehrs und Nahverkehrs vorgelegt und im Bereich der Straßenverkehrssicherheit lediglich ein derartiges Konzept (siehe unten) angekündigt.

Der ungewöhnliche Stil ihrer Amtsführung schließt offensichtlich auch die Mitarbeiterführung mit ein. So hat die Mehrzahl ihrer persönlichen Berater (zuletzt vier auf einmal), gemäß Medienberichten bereits wieder das Kabinett verlassen.

Ein besonders abschreckendes Beispiel von Inobjektivität und parteipolitischer Einflussnahme stellen Ihre Zusage vom 19. Jänner gegenüber Landeshauptmann Haider dar, wonach jetzt auf einmal 3,5 Mrd. Schilling für zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen für das Bundesland Kärnten zur Verfügung gestellt werden. Am 21. 12.2000 hatten Sie angekündigt, dass, obwohl es bereits baureife Streckenabschnitte gibt, das Projekt „Neue Südbahn“, also auch die Koralmbahn, neuen Prüfungen unterzogen und damit verschoben wird. Nach heftiger Kritik und Druck durch den Landeshauptmann von Kärnten und einfachem Parteimitglied, Jörg Haider, der im 16.1.2001 an Sie öffentlich ein Ultimatum gerichtet hat, sagten Sie jetzt plötzlich Infrastrukturprojekte in der Höhe von 3,5 Milliarden. Schilling in Kärnten zu. Ihr Wankelmut ist nicht verständlich und genügt nicht der Verantwortlichkeit eines Regierungsgliedes in politischer und rechtlicher Hinsicht. Da davon auszugehen ist, dass keine zusätzlichen Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden können, müssen auf Grund der zugesagten Infrastrukturmittel für Kärnten andere Infrastrukturprojekte in anderen Bundesländern zurückgestellt werden.

Darüber hinaus sei auch noch auf andere Skurrilitäten Ihrer bisherigen Amtsführung hingewiesen:

- Anfang Jänner forderten Sie eine Wiederholung der Führerscheinprüfung bei schweren Verkehrsdelikten. Dies, obwohl im Führerscheingesetz bereits eine derartige Vorgangsweise vorgesehen ist.
- Im Jänner ging dem Nationalrat ein Bundesgesetz über den Führerschein zu, mit dem eine Ausbildung für Microcars vorgeschrieben wird. Allerdings entfällt damit, (wie vielfach kritisiert) bei allen Personen, die älter als 24 Jahre sind, der Nachweis der theoretischen Kenntnisse der Straßenverkehrsordnung. Dies kritisierte sogar VP - Verkehrssprecher Kukacka und kündigte eine Revision im Parlament an. Eine Akkordierung dieses kurzen Gesetzes mit Ihrem Koalitionspartner im Ministerrat war ihnen offensichtlich nicht möglich.
- Im Kampf gegen Drogen am Steuer kündigten Sie am 23. Jänner eine Gesetzesvorlage bis Ende des Jahres an, während bereits am 18. Jänner die Regierungsparteien im Parlament eine Fristsetzung bis Mai beschlossen hatten. Tatsächlich ist die FP/VP - Regierung in dieser Frage schon seit langem säumig und Sie als Bundesministerin sollten eine entsprechende Gesetzesvorlage gegen Drogen am Steuer so rasch als möglich erarbeiten.
- In einer Verkehrssicherheitstagung am 17. Jänner kündigten Sie ein nationales Verkehrssicherheitskonzept an, das lediglich den Autoverkehr beinhaltet. Weder Maßnahmen gegen den Schwerverkehr noch hinsichtlich des Schutzes der Schwachen im Straßenverkehr (Radfahrer, Fußgänger, Kinder, Senioren) noch irgend welche andere Verkehrsträger wie Schiene, Schiff und Luftfahrt sind in diesem „Nationalen Verkehrsprogramm“ enthalten.
- In einem Interview in der ZIB 1 am 11. Jänner stellten Sie klar, dass am Zeitplan für die Einführung der LKW-Maut bis 1.7.2002 festgehalten wird. Kurz davor teilten Sie aber dem Bundesrat Mag. Dietmar Hoscher in einer schriftlichen Anfragebeantwortung mit, dass eine Inbetriebnahme des vollelektronischen Mautsystems erst zwei Jahre nach Erteilung der Aufträge zur Implementierung des Systems erfolgen kann. Da das vollelektronische System ausgeschrieben werden muss, und von einem Vorlauf von über einem Jahr ausgegangen werden muss, ist daher eine Inbetriebnahme demgemäß frühestens 2003 möglich.

- Obwohl Sie mehrfach im Parlament betont haben, dass die Neustrukturierung der Österreichischen Bundesbahnen für Sie einen aktuellen Arbeitsschwerpunkt darstellt sagten sie nur einen Tag vorher (aus nicht nachvollziehbaren Gründen), das für 18. Jänner 2001 angesetzte Gipfelgespräch mit dem ÖBB - Vorstand ab.
- Nahezu zeitgleich richteten Sie der ÖBB - Führung per Kronen Zeitung aus, „daß für architektonische Profilierungswünsche im Zusammenhang mit dem Bahnhofskonzept kein Geld da ist. Die Bahnhöfe sollten lediglich zweckdienlich und behindertengerecht sein. Durch Infragestellung der Bahnhofsoffensive verzögern Sie ein zentrales Modernisierungsprojekt der ÖBB, mit dem die ÖBB wichtige Impulse im Personenverkehr setzen und zusätzliche Einnahmen erzielen könnte. Gleichzeitig werden Bauinvestitionen in Milliardenhöhe und potentielle Wirtschaftszentren mit städtebaulichem Wert weiter aufgeschoben.
Da Sie Ihre Meinung dazu offensichtlich täglich ändern, kennt man in der durchführenden SCHIG bereits die „zehnte oder zwölfte Variante einer Verordnung“.
- Anlässlich der Tarifierhöhung der ÖBB zum 1. Jänner 2001 übernehmen Sie die Kritik der SPÖ an dieser Tarifierhöhung, lassen aber gleichzeitig zu, dass die gemeinwirtschaftlichen Leistungen nicht einmal um den Inflationsindex angehoben werden. Darüber hinaus könnten Sie selbst als Eigentümervertreter die Tarife bestimmen, richten somit also eigentlich eine Forderung an sich selbst.
- In der Frage des Transitvertrages jubeln Sie zwar am 14. Dezember 2000 nach einem ersten Gespräch mit der EU - Verkehrskommissarin Loyola de Palacio, dass das Ökosystem bis 2003 weiter laufen wird, während die EU - Verkehrskommissarin bereits am 20. Dezember 2000 öffentlich klar macht, dass die Mengenbeschränkungen für LKW im Transitvertrag in Österreich gestrichen werden sollen. Weder ist klar, wie die Ökopunkteregelung nach der erneuten Mengenüberschreitung 2000 fortgesetzt wird, noch wie die Transitvertragsregelung für Österreich über das Jahr 2003 hinaus aussieht.
- In Ihrem Rechtsstreit mit Landeshauptmann Weingartner hinsichtlich der Bestrafung von Ökopunktesünder verweigern Sie trotz entsprechender Gutachten eine Weisung an die Landeshauptleute und begnügen sich am 23. Jänner mit einem Appell, womit Sie den Schutz der österreichischen Bevölkerung den LKW - Lobbyinteressen opfern. Gleichzeitig machen Sie sich damit in Brüssel völlig unglaubwürdig.
Neben den inhaltlichen Aufgaben hat ein Regierungsmitglied auch eine Schutzfunktion gegenüber den unterstellten Bediensteten. Ihr Führungsstil - Stöckelschuhelass, geregelter

Abstand Ihrer Begleitung, Kündigungswellen - , gegenständliche Berichte, wurden bisher von Ihrer Seite nicht richtiggestellt. Gleichzeitig legen Sie in persönlichen Dingen (Stichwort: Mediene coaching) keinesfalls Sparsamkeit an den Tag.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Welche Projekte mit welchen Einzelkosten sind in dem 3,5 Milliarden Schilling-Paket, welches Sie mit dem Kärntner Landeshauptmann auf dessen Druck hin vereinbart haben, beinhaltet?
2. Welche Bundesmittel sind dafür im Detail pro Projekt, nach Budgetjahren gegliedert, vorgesehen? Wird es dafür zu Kürzungen bei anderen Projekten kommen oder werden die Mittel für den Verkehrsinfrastrukturausbau erhöht werden?
3. Wann soll jedes einzelne Projekt nach welchem Stufenplan realisiert werden?
4. Welche Pakete haben Sie bereits mit anderen Landeshauptleuten vereinbart? Sind von Ihren Vorgängern Infrastrukturprojekte mit Wien und Niederösterreich vereinbart worden? Wenn ja, sind diese noch gültig? Welche rechtliche Qualität kommt derartigen Vereinbarungen zu?
5. Nachdem bereits andere Landeshauptleute ebenfalls Interesse an Gesprächen mit Ihnen über Verkehrsinfrastrukturwünsche ihres Bundeslandes geäußert haben, werden Sie diesen ähnliche Zugeständnisse machen? Wie wollen Sie die Erfüllung dieser Wünsche finanziell bedecken?
6. Ist es richtig, dass Sie sich einem Medientraining, unter anderem mit der ehemaligen Moderatorin Nora Frey, unterzogen haben? Welche Mittel werden dafür aufgewendet und wie werden diese bezahlt (Projekt, Budgetierung)?
7. Wie viele Mitarbeiter haben bisher Ihr Kabinett verlassen? Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe dafür? Haben Sie tatsächlich einer schwangeren Mitarbeiterin in

Ihrem Büro, laut einer Zeitungsmeldung, mitgeteilt: „Wenn Sie das Kind verlieren, dann kommen Sie wieder, und ich stehe mit Ihnen und der Karenzvertretung da“.

8. Warum forderten Sie eine Wiederholung der Führerscheinprüfung bei schweren Verkehrsdelikten, wenn eine derartige Vorgangsweise bereits gesetzlich vorgeschrieben ist?
9. Warum waren Sie nicht in der Lage, die Führerscheingesetznovelle mit ihrem Koalitionspartner im Parlament abzustimmen? Wollen Sie tatsächlich, dass Personen über 24 Jahre für das Lenken von Microcars eine Berechtigung erhalten, ohne dass sie Grundkenntnisse der Straßenverkehrsordnung nachweisen müssen? Wollen Sie auch tatsächlich, dass jeder, der behauptet, dass er ein Microcar vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gelenkt hat (unüberprüfbar!), eine entsprechende Berechtigung ohne Nachweis ausgestellt wird?
10. Werden Sie bis Ende März dem Nationalrat einen Gesetzesantrag zur Bekämpfung von Drogen am Steuer zuleiten?
11. Warum kündigten Sie ein nationales Verkehrssicherheitskonzept am 17. Jänner an, das keinerlei Maßnahmen im Bereich des LKW - Verkehrs, des Schutzes der Schwachen im Straßenverkehr (Radfahrer, Fußgänger, Kinder, Senioren) enthalten wird? Sind Sie nicht der Ansicht, dass ein nationales Verkehrsprogramm, das diesen Namen verdient, darüber hinaus auch andere Verkehrsträger wie Schiene, Schiff - und Luftfahrt erfassen müsste?
12. Werden Sie am Zeitplan für die Einführung der LKW - Maut bis 1. Juli 2002 festhalten? Wie wollen Sie diesen Zeitplan bewerkstelligen und widerspricht dieser Termin nicht der parlamentarischen Anfragebeantwortung zur Anfrage von Bundesrat Mag. Dietmar Hoscher in dieser Angelegenheit?
13. Aus welchem Grund haben Sie am 18. Jänner 2001 das Gipfelgespräch hinsichtlich Neustrukturierung der Bahn mit dem ÖBB - Vorstand abgesagt?
14. Halten Sie es tatsächlich für richtig, das Bahnhofskonzept der ÖBB abzulehnen, obwohl hier zentrale Impulse zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs gesetzt werden können?

15. Warum lehnen Sie die Ausweitung des Immobiliengeschäfts der Österreichischen Bundesbahnen und damit die bessere kaufmännische Nutzung vorhandener Liegenschaften ab?
16. Warum haben Sie sich in der Bundesregierung nicht darum bemüht, dass die gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die ÖBB an die allgemeine Inflation angepasst werden?
17. Warum haben Sie als Eigentümervertreter, wenn Sie die Tarifierhöhung 2001 ablehnen, nicht der ÖBB die Weisung erteilt, die Tarife nicht zu erhöhen?
18. Wie soll in Zukunft die Struktur der Österreichischen Bundesbahnen ausschauen? Bis wann wird ein neuer Aufsichtsrat und ein neuer Vorstand bestellt werden? Wird dann die zukünftige Struktur der österreichischen Bundesbahnen bereits feststehen?
19. Warum erteilen Sie hinsichtlich der Bestrafung von Ökopunktesündern den Landeshauptleuten keine Weisung? Sind Sie sich dessen bewusst, dass dabei an der gegenwärtigen Praxis der Nichtbestrafung nichts geändert werden wird?
20. Wird die erneute Überschreitung der Mengenbeschränkung für LKW im Transitvertrag im Jahr 2000 im laufenden Jahr erneut zu Kürzungen der Fahrkontingente führen?
21. Was werden Sie unternehmen, dass die Mengenbeschränkung für LKW im Transitvertrag nicht ersatzlos gestrichen wird? Was haben Sie bisher dazu getan?
22. In welcher Form wird der Transitvertrag für Österreich über das Jahr 2003 fortgesetzt werden? Haben Sie diesbezüglich mit der Europäischen Union bereits Verhandlungen begonnen?